Nr. 4

NEUES FORUM BULLETIN

14.01.1991

INHALT :

VERHANDELN, NICHT SCHIESSEN!

Wie Hunderttausende sind wir tief besorgt. In nur wenigen Tagen droht ein Kriegsausbruch. Die Folgen werden Menschen in allen Teilen der Welt, auch wir zu tragen haben.

In den Städten Europas und Amerikas wird protestiert. Menschen aus verschiedensten Ländern befinden sich in einem Camp zwischen den Fronten, um den Einsatz der verfeindeten Streitkräfte aufzuhalten. Krieg und Öl, vermischt mit Blut - das wird die Welt nur tiefer in die Krise bringen.

Wir verurteilen die Besetzung Kuweits durch den Irak genauso wie die anmaßende Politik der USA in der Golfregion.
Wir sind überzeugt, daß der Einsatz militärischer Mittel nach Ablauf des Ultimatums der UNO völlig ungeeignet ist, den Konflikt zu lösen.

Deshalb rufen wir auf:

- Tragt Eure Besorgnis nicht allein, beteiligt Euch an den Protesten und an dem landesweiten Aktionstag gegen den Golfkrieg am 12. Januar!
- Macht Druck auf die verantwortlichen Politiker!
- Setzt Euch ein für eine gewaltfreie Lösung des Konfliktes!

NEUES FORUM
Für den Ländersprecherrat
Heiko Lietz, Jan Herrmann, Tina Krone

Berlin, 9.1.91

Herausgeber: NEUES FORUM, Büro Berlin, 1080 Berlin, Friedrichstraße 165
Layout: Jan-Christoph Zoels Satz : Stefan Lutsch
Redaktion: Pressedienst, Sabine Schaaf, Telefon 2 29 23 17
Fax : 2 29 23 51

Bürgerbewegungen als politischer Faktor der Zukunft?

Vor einem Jahr war alles ohne Debatte klar. Ohne diese engagierten Gruppen wären wir, ebenso wie die Tschechen oder die Polen, noch immer in der agonalen Phase der Gesellschaftsordnung, die man die sozialistische nannte.

Jetzt ist es weit weniger selbstverständlich. Das Bündnis 90 entstand nur unter schmerzhaften Geburtswehen, verstand sich zu einer mehr oder weniger wahlgesetzerzwungenen Verbindung mit den Grünen und blieb am 2.12. allein. Nicht wir fielen durch, sonder unser West-Partner, der sich in zweifelsfreier 8%-Sicherheit wähnte, nicht selten entsprechend gönnerhaft auftrat und dabei nicht mit den Grillen und Launen seiner Wähler gerechnet hatte.

Schadenfreude ist hier völlig verfehlt - der Schlag hat gesessen, und daß die SPD einen Haken und die Grünen einen Niederschlag erwischt haben, ist auch uns auf den Magen gegangen. Wir müssen nachdenken, wie es weitergehen soll. Sind wir überhaupt als ernstzunehmende politische Kraft möglich, oder waren wir nur Eintagsfliegen jenes merkwürdigen Herbstes, der so lange schon vergangen scheint?

Es gibt drei Wege:

Erstens, wir bringen uns geschlossen in eine Partei, z.B. die Grünen.

Zweitens, wir lösen uns auf, und wer politisch weiter arbeiten will, geht in die für ihn nächstverwandte Partei und hilft ihr mit seinem verbliebenen Rest an Bürgersinn aus.

Drittens, wir werden eine wählbare Größe, und zwar nicht eingezwängt irgendwo zwischen FDP, SPD, Grünen und PDS, sondern senkrecht zu den politischen Schützengräben, als Angebot für Menschen, denen das Parteiengerangel nicht gefällt.

Die dritte Variante will ich hier etwas näher ansehen. Die ersten beiden sind hundertmal besprochen; da gibt es nichts zu analysieren, sondern nur zu entscheiden, ja oder nein.

Die üblichen Parteien definieren sich: durch ihre Stellung bei ökonomisch-politisch-sozialen Interessenkonflikten (Steuerpolitik, Eigentumsprobleme, Subventionen, Lohnkonflikte, Rentenversicherung, staatliche Investitionen usw.) und durch das zugehörige weltanschauliche Unterfutter, oft Ideologie genannt.

Will man als Bürgerbewegung nicht entlang, sondern sozusagen quer zu den üblichen Parteistrukturen existensfähig bleiben, dann muß man Themen ansprechen, die eine globale Lösung außerhalb von Parteisympathien und - unsympathien, ideologischen Überzeugungen und materiellen Interessen erfordern. Es gibt solche Themen. Ich will ein paar als Schlagwort benennen:

- Gefahr eines Dauerkonfliktes zwischen Nord und Süd
- der drohende Kollaps der Biosphäre
- die ungleiche Stellung der Geschlechter in allen Ecken unserer Gesellschaft und in ihrer Mitte
- das Grundrecht auf selbstbestimmte Elternschaft und das schmerzliche Problem der Schwangerschaftsunterbrechung
- die Fehlstellen in unserer Demokratie, die mangelnden Schutzrechte für Minderheiten, daß sie sich mit den Mehrheitsbeschlüssen abfinden müssen, oft durch sie unter Zwang gesetzt werden: Minderheiten, die eine andere Lebensweise, eine andere Kultur, andere Normen, andere Ideale pflegen möchten
- die Ungerechtigkeit, daß Gruppen, die keine wirtschaftlich oder politisch starke Lobby bilden, sozial benachteiligt sind
- regionale Ungleichheiten und Konflikte, die jeden in einer Region ohne Ansehen seiner politischen Stellung betreffen
- Ungleichheiten in der Belastung durch die Allgemeinheit, zum Beispiel, daß es irgend jemand speziell treffen muß, in einer lauten Straße oder neben einer Mülldeponie zu wohnen.

Greift man Themen dieser Art auf, dann muß man sich frei halten von ideologischem Gezänk, von der Links-Rechts-Denkfigur, von ökonomischen Verteilungskämpfen. Man darf nicht "Partei" ergreifen. Man muß eher der Schiedsrichter im politischen Ring sein, nicht der Boxkämpfer. Man muß die "Bürgerbewegten" aus allen Lagern ansprechen. Ihren Sinn für Demokratie und Fairness. Ihre menschlichen Regungen, ihren Humor, ihre Befürchtungen.

In jeder politischen Gruppierung gibt es zentrifugale Kräfte und folglich Zerreißproben. Parteien versuchen der Gefahr durch statuarische Disziplinierung Herr zu werden. Das ist wie ein Korsett. Man schnürt die politischen Bestandteile der Partei fest zusammen. Eine Bürgerbewegung kann im Gegensatz dazu nur überleben, wenn sie aus sich zentripetale, zur Gemeinsamkeit drängende Kräfte entwickelt. Im Herbst '89 gab es das einfach. Jetzt ist es ein Problem. Diese ständig ideologisch zerstrittene Bürgerorganisation ist keine politische Kraft. Sie hat die Erbsünde begangen, sich in Konflikte und Ideologien einzumischen, für die sie wegen ihres breiten Interessenspektrums keine einvernehmliche Lösung finden kann. Diese These, daß man trotz oder sogar wegen des ewigen Zanks Sympathien findet, ist ja nun anhand der Grünen und der AL deutlich widerlegt worden.

In der Uckermark gibt es Dörfer, in denen Menschen sterben, weil die Telefonverbindung zur Dringlichen Hilfe in der Stadt nicht zustande kommt. Vor einiger Zeit war ich in einer von der AL organisierten Versammlung in West-Berlin. Als jemand Milliardeninvestitionen in das verrottete Telekommunikationssystem verlangte, kamen Pfiffe und das Gegenargument, damit würde nur die kommerziell-touristische Erschließung der Region befördert, das nütze nur den Grundstückshaien und Handelsketten.

Das war ein typisches Beispiel für Ideologie vor Bürgerinteressen. So frustriert man die eigenen Anhänger. Und so hält man Leute wie mich immer noch bei der verrückten Idee einer Nicht-Partei-Quasi-Partei, die sich von Ideologie und Eigentums- und Verteilungsclinch freihält und für übergreifende Fragen Sympathie quer zu den eingegrabenen Fronten sucht.

Ich kann die linksradikale leere Phrasendrescherei nicht mehr ertragen, aber bieder-wertkonservative Ökosalatfresserei geht mir ebenso auf den Nerv. Vieleicht sollten wir einmal eine Weile schweigen? Aber wem sage ich das, in der 99. Zeile eines weiteren Artikels zur politischen Zukunft der Linken?

Jens **Reich**

Aufruf an alle ehemaligen Mitglieder der Bürgerkomitees

Die Auflösung des MfS/AfNS ist seit der Besetzung der Stasi-Zentrale im Herbst/Winter 1989 sowohl von alten wie von neuen staatlichen Instanzen behindert worden und darum unvollendet geblieben. Jedes Mal, wenn der Prozeß der Auflösung des MfS effektiv zu werden drohte, wurde die Verantwortung dafür in andere Hände gelegt (Staatliches Komitee, Innenministerium, Regierungskommission, Volkskammerausschuß, Staatsarchiv, Bundesbehörde und Treuhandanstalt). Zur restlosen und ersatzlosen Auflösung des MfS/AfNS sowie im Prozeß der Vergangenheitsbewältigung waren und sind die Bürgerkomitees als moralisch legitimierte Institutionen des Volkswillens des Herbstes 89 unverzichtbar.

Immer noch harren die Opfer der Stasiwillkür ihrer Rehabilitierung und warten auf die Bestrafung der Schuldigen. Bis heute sind Geschichte, Arbeitsweise und Struktur des MfS nicht offengelegt. Dies aber ist Grundvoraussetzung dafür, daß sich ähnliches nicht wiederholt. Darum rufen wir, die heute in Berlin versammelten über 50 Vertreter und Vertreterinnen der Bürgerkomitees der ehemaligen Bezirksstädte und Berlins, alle ehemaligen Mitglieder der Bürgerkomitees auf, sich wieder zusammenzufinden und ihre Arbeit unter veränderten Bedingungen und ausgestattet mit ihrer fachlichen und moralischen Kompetenz wieder aufzunehmen.

Wir rufen auf zur Gründung von Bürgerkomitees e.V. in den gewachsenen Strukturen oder auf Landesebene nach dem Vorbild von Thüringen und Magdeburg. Die Bürgerkomitees e.V. sollen überparteilich, unabhängig und gemeinnützig sein. Als vordringliche Aufgabe der Bürgerkomitees e.V. sehen wir an:

- die Einrichtung von Dokumentationszentren zur Sammlung vorhandener und öffentlich zugängiger Informationen über Arbeitsweisen und Struktur des MfS sowie über den Auflösungsprozeß des MfS/AfNS und seine vielfältigen Behinderungen, zur Sammlung von Publikationen, Erlebnisberichten, Gedächtnisprotokollen usw.
- das Öffentlichmachen des tatsächlichen Standes der Auflösung des MfS/AfNS sowie die öffentliche Kontrolle des Umgangs mit der Stasihinterlassenschaft, sowohl der mateiellen Werte und finanziellen Fonds als auch des umfangreichen Schriftgutes
- das Einbringen fachlicher Kompetenz in die jetzt mit der Auflösung, Aufarbeitung und Strafverfolgung befaßten Behörden
- die Publikation von Arbeitsergebnissen.

Die Vernetzung der Tätigkeiten der Bürgerkomitees e.V. wird im Rahmen einer gemeinnützigen Stiftung erfolgen. Als provisorische Kontaktadressen gelten:

Wolfhard Proehl
Bürgerkomitee Dresden
Postfach 165
Dresden, 8060
Tel.: 5952783

Rita Seliternny
Bürgerkomitee Leipzig
Dittrichring 22-24
Leipzig, 7010
Tel.: 204789

Hans Schwenke
Haus der Demokratie
Friedrichstr. 165
Berlin, 1080
Tel.: 2292410

Berlin, den 8. Dezember 1990
Im Auftrage der Teilnehmer der Beratung
Hans **Schwenke**

Aufruf

zur Gründung von Gruppen des NEUEN FORUM in den Westbezirken Berlins

17 488 WestberlinerInnen wählten am 2. Dezember Bündnis 90/ Grüne/ UFV.

Die BürgerInnenbewegung lebt und in ihr das NEUE FORUM. Die Mauer ist zerbrochen! Wir, die Bürgerinnen und Bürger, erleben, wie vieles wuchert, krumm und schief zusammenwächst oder erbärmlich zusammengenagelt wird. Alter und neuer Filz verflechten sich zu einem grauen, gesamtdeutschen Netz von Interessen und Profit.

Aber da ist Gegenbewegung!
Menschen kommen zusammen, um für Menschen zu streiten - für BürgerInnenrechte und Menschenrechte.

Wir im Westteil Berlins sind nicht mehr ZuschauerInnen der stillen Revolution des vergangenen Herbstes; wir sind jetzt Betroffene der lärmenden, großtuenden Umwälzung, die uns die zur Zeit Herrschenden und ihre Parteien beschert haben. Viele von uns leiden an dem, was in diesem Jahr geschehen ist; doch aus Leidenden und Betroffenen können Handelnde werden!

Wir rufen auf, sich gegen jedes Unrecht in diesem Land mit friedlichen Mitteln zu wehren. Die stille Revolution ist nicht Vergangenheit, sondern Gegenwart und Zukunft. Wir haben gesehen, daß die Gewaltlosigkeit die Gewalt bricht. Heute sind wir wenige - zu wenig, um den Mund voll zu nehmen - genug, um uns zu Wort zu melden. Die erste Gruppe des NEUEN FORUM in Westberlin ist da. Es gibt uns wirklich, und wir haben Namen:

Michael Baehr, Uwe Bredow, Dirk Bredow, Eckhard Häusgen, Michael Konkol, Jens Küst und Karsten Zummack

Wichtig! Das NEUE FORUM ist eine BürgerInnenbewegung, keine Partei! Wir haben keine Parteidisziplin, keine Parteifunktionäre, keine Parteispitze und keinen Unvereinbarkeitsbeschluß. Oben ist bei uns die Basis (MitgliederInnen, Kiezgruppen und MitgliederInnenvollversammlungen (MVV)), und die Basis entscheidet.

Das NEUE FORUM versteht sich als Bewegung zur notwendigen Demokratisierung der Gesellschaft in Richtung auf eine höhere Mitbestimmung der BürgerInnen sowohl vor Ort als auch in den Parlamenten.

Es will das Machtmonopol der Parteien aufbrechen.

Um mit wachsender Stärke und Hoffnung in die nächsten Jahre zu gehen, brauchen wir EURE Mitarbeit und Unterstützung.

Dieser Aufruf wird unterstützt von:
Bärbel **Bohley**, Jens **Reich**, Reinhard **Schult** (MdA), Sebastian **Pflugbeil** (MdA), Pavel **Strohner**, Bernd **Florath**, Berliner Sprecherrat, Sprecherrat Berlin-Prenzlauer Berg

Presseerklärung

Am 30.11.1990 beginnt eine symbolische Besetzung des ehemaligen Wohnheimes der Federnwerk G.m.b.H. Zittau. Mit dieser Aktion unterstützen Zittauer BürgerInnen die Forderung des Stadtparlaments zur Überführung dieses Hauses in kommunales Eigentum. Dieses Haus, bisher Wohnheim für chinesische Arbeiter, ist wie alles Volkseigentum der Treuhandgesellschaft übergeben worden. Seit einiger Zeit hat die Stadt ebenso wie das Landratsamt dieses Gebäude als kommunales Eigentum zur Sicherstellung dringend notwendiger sozialer Aufgaben beantragt. Vorgesehen ist, dieses Gebäude dem Jugendheim "Geschwister Scholl" zur Nutzung zu übergeben, da das bisherige Gebäude dieses Heimes katastrophale Wohn- und Lebensbedingungen für Menschen bietet. Am 29.11.1990 wurde uns durch Zufall bekannt, daß durch die Treuhandgesellschaft das Wohnheim Federnwerk bereits der Federnwerk G.m.b.H. versprochen wurde. Wie wir uns überzeugen konnten und aus Gesprächen mit dem Geschäftsführer dieser G.m.b.H. erfuhren, ist dieses Gebäude zur Nutzung und Vermietung von Büroräumen vorgesehen. Ein Bedarf des Betriebes zur Aufrechterhaltung der Produktion liegt nicht vor. Gegen diese unsoziale Entscheidung der Treuhandgesellschaft protestieren wir mit aller Entschiedenheit und wir sind nicht bereit, diese Entscheidung zu akzeptieren. Wir sehen mit großer Besorgnis, wie Kommunen durch die Treuhandgesellschaft materieller Voraussetzungen zur Erfüllung sozialer, gesellschaftlicher Aufgaben beraubt werden. Ähnliche Vorgänge und Machenschaften der Treuhandgesellschaft sind uns auch aus anderen Städten bekannt. Mit unserer symbolischen Hausbesetzung fordern wir als BürgerInnen der Stadt Zittau:

1. Übergabe des Wohnheimes der Federnwerk G.m.b.H. in kommunale Trägerschaft zum Zweck der Nutzung als Jugendwohnheim.
2. Sofortige Bearbeitung aller an die Treuhandgesellschaft gestellten Anträge auf kommunales Eigentum zum Wohle der Menschen in unseren Städten und Dörfern
3. Übertragung der Entscheidungskompetenz der Treuhand auf Länderebene
4. Überprüfung aller bisherigen Vorgänge, die durch die Treuhandgesellschaft ausgelöst wurden, durch das Landesparlament. Sollte dem Einspruch des Stadtparlamentes Zittau gegenüber der Entscheidung der Treuhandgesellschaft im Falle Wohnheim Federnwerk G.m.b.H nicht stattgegeben werden, sehen wir uns als Zittauer BürgerInnen zu weiteren Maßnahmen gezwungen.

Zittau, den 30.11.1990
Bürgerinitiative Zittau
P.S.
Mitglieder der Bürgerinitiative haben gemeinsam mit Stadträten bei der Treuhandgesellschaft vorgesprochen. Diese hielt es bis heute nicht für nötig, in der Angelegenheit neu zu entscheiden. Das Jugendheim "Geschwister Scholl" wird voraussichtlich in den nächsten Tagen in ein Ausweichobjekt verlegt.
10.01.1991

ERKLÄRUNG

Die Abgeordneten des NEUEN FORUM haben dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin, Herrn Wohlrabe, angezeigt, daß sie beabsichtigen, mit der Konstituierung des Abgeordnetenhauses am 11.Januar 1991 eine eigene Fraktion zu bilden.

Dieser Entscheidung liegen folgende Sachverhalte und Überlegungen zugrunde:

Die Abgeordneten des NEUEN FORUM haben eine klare Empfehlung ihrer Basis auf der Berliner Vollversammlung am 15. Dezember 90 (bei einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen) erhalten, zum jetzigen Zeitpunkt keine gemeinsame Fraktion mit der Partei Die Grünen/AL zu bilden.

Wie schon vor den Wahlen zum Abgeordnetenhaus haben die Abgeordneten des NEUEN FORUM auch in den Verhandlungen nach der Wahl über die Form der Zusammenarbeit mit den Grünen/AL immer wieder betont, daß sie eine enge, sachbezogene Zusammenarbeit mit den Abgeordneten der Grünen /AL auf der Grundlage der gemeinsamen Wahlplattform anstreben und verwirklichen wollen, ohne jedoch den organisatorischen Zusammenschluß zu einer Fraktion als Bedingung dafür zu vollziehen. Immer wieder machte die AL deutlich, daß sie diesen Zusammenschluß als Bedingung für die Zusammenarbeit sieht, und setzte so die Abgeordneten der Listenverbindung der Bürgerbewegungen zunehmend unter Druck. Ergab die erste Trendabstimmung in der Bündnisfraktion noch eine Mehrheit von 8 zu 3 Stimmen für die Beibehaltung von zwei Fraktionen, so verschob sich das Verhältnis unter diesem Druck auf eine knappe Mehrheitsentscheidung von 6 zu 5 für einen Zusammenschluß der Fraktionen. Das Ergebnis dieser Entwicklung ist die Spaltung der Abgeordneten der Listenverbindung und der Zerfall der Liste Bündnis 90/Grüne/UFV.

Weil eine Fraktion ein freiwilliger Zusammenschluß von Abgeordneten ist, ist eine Mehrheitsentscheidung für diesen Zusammenschluß der beiden Fraktionen für die Abgeordneten unzulässig.

Das NEUE FORUM ist eine Bürgerbewegung und keine Partei. Das Spektrum ihrer Mitglieder wie auch ihrer Wähler ist breit. Es reicht von grün-alternativ, konservativ, liberal bis links. Unserem Selbstverständnis gemäß streben wir eine Zusammenarbeit mit den Abgeordneten aller Fraktionen an. Wir sind offen für Gäste (Hospitanten) aus allen Bürgerbewegungen und Parteien.

Berlin, den 7.1.91
Irena **Kukutz**
Sebastian **Pflugbeil**
Reinhard **Schult**
Mitglieder des
Abgeordnetenhauses

Presserklärung

der Fraktion
NEUES FORUM /
Bürgerbewegung

Eine der ersten Handlungen des neu konstituierten Abgeordnetenhauses bestand darin, der Fraktion NEUES FORUM /Bürgerbewegung durch Änderung der Geschäftsordnung den Fraktionsstatus abzuerkennen.

Die Folgen sind, daß uns viele Arbeitsmöglichkeiten genommen werden und der Einfluß auf die politische Willensbildung beschränkt wird.

Wir sehen darin ein Unterlaufen des Urteils des Karlsruher Bundesverfassungsgerichtes, das Berlin in zwei Zählgebiete einteilte, um auch den neuen Bewegungen die Möglichkeit der parlamentarischen Einflußnahme zu geben.

Wir protestieren gegen die Einteilung von Abgeordneten in Abgeordnete 1. und 2. Klasse.

Die Bürgerbewegung wird sich auch durch Geschäftsordnungstricks nicht kleinkriegen lassen!

Berlin, 11.01.1991
Reinhard **Schult** (MdA)
Hans **Schwenke**(MdA)
Irena **Kukutz**(MdA)
Sebastian **Pflugbeil**(MdA)

Hilfe für Tschernobyl

Aktion des NEUEN FORUM Parchim, unterstützt durch das NEUE FORUM Schwerin

Um die Hilfssammelaktion des NEUEN FORUM in Parchim zu unterstützen, die schon seit einer geraumen Weile läuft, beschlossen wir in Schwerin, über Anzeigen in den örtlichen Zeitungen und über Aufrufe im regionalen Rundfunk auch die hiesige Bevölkerung zu Spenden zu veranlassen.

In nicht einmal zwei Wochen sind dabei zwei LKW mit Gaben zusammengekommen - hauptsächlich Kleiderspenden, aber auch Lebensmittel und Spielzeug. Mit Hilfe der Bundeswehr haben wir die Sachen nach Parchim transportiert, wo sie auch in deren Räumen zwischengelagert werden. Ende des Monats werden sie dann vom sowjetischen Militärflugplatz in Parchim nach Minsk geflogen und einer dortigen Bürgerinitiative zur Verteilung übergeben.

i.A. M. **Klähn**
Mitarbeiter der Landesgeschäftsstelle

AusländerInnenpolitik - wie weiter?

Die Demokratiebewegung in der ehemaligen DDR eröffnete auch für Ausländer, die hier wohnen und arbeiten, neue Perspektiven, die darin zum Ausdruck kamen, daß sich AusländerInnen im Rahmen der Bürgerbewegungen nach einer langen Periode des Schweigens unter der SED-Herrschaft öffentlich artikulieren konnten. Dazu trug nicht zuletzt die Politik der Runden Tische bei.

So wurde beim zentralen Runden Tisch eine Arbeitsgruppe "Ausländerfragen" eingerichtet, in der auch Betroffene zu Wort kamen. Das Anliegen dieser Arbeitsgruppe bestand darin, die restriktive AusländerInnenpolitik der SED aufzudecken und Leitlinien für eine humanistische AusländerInnenpolitik im Sinne der Menschenrechte zu erarbeiten, um ein produktives Zusammenleben von In- und AusländerInnen zu ermöglichen. Die dort ausgearbeiteten Grundsätze wurden schließlich in den Verfassungsentwurf der DDR aufgenommen, der die Menschenrechte als wesentliches Element der Demokratie definierte.

Zu den Erfolgen der Arbeitsgruppe gehörte ferner die Einberufung einer Ausländerbeauftragten durch die Regierung Modrows.

Durch den Einigungsprozeß und die Übernahme des Ausländergesetzes der BRD sind eine Reihe positiver Ergebnisse der AusländerInnenpolitik der Zeit nach der "Wende" in Frage gestellt. Schon die Tatsache, daß Angelegenheiten ausländischer Bürger abgesondert durch ein Gesetz geregelt werden sollen, ist fragwürdig genug, weil dadurch das Prinzip der Gleichstellung und Gleichbehandlung untergraben wird. Hinzu kommen solche Paragraphen, die AusländerInnen vom Datenschutz ausschließen und die politische Tätigkeit von AusländerInnen verbieten. Somit sind AusländerInnen zu Menschen zweiter Klasse degradiert, was nicht zuletzt durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum kommunalen Wahlrecht für Ausländer bestätigt wurde.

Alle diese Faktoren dienen dazu, die Integration der AusländerInnen ins gesellschaftliche Leben zu verhindern, und stehen im Widerspruch zu den Grundsätzen der Demokratiebewegung in der ehemaligen DDR, die Demokratie und Menschenrechte für alle garantieren sollte.

Saleh **Hussain**

Pressemitteilung

des NEUES FORUM Sachsen, Landesgeschäftsstelle

Im Rahmen der Aktion "Blauer Brief", die sich gegen die alten Seilschaften in den Betrieben richtet, fand am 10.1.1991 ein Gespräch zwischen Vertretern des NEUEN FORUM Sachsen und Berlin und dem Ministerpräsidenten des Freistaates Sachsen, Prof. Dr. Kurt Biedenkopf statt. Wirtschaftsminister Dr. Schommer und Regierungssprecher Dr. Kinze nahmen ebenfalls an dem Gespräch teil. Die Landesregierung nahm dabei Stellung zu den Berichten und Vorschlägen der Bevölkerung, in denen endlich durchgreifende Maßnahmen gefordert werden. Forderung des NEUES FORUM waren die Auflösung der alten SED-Seilschaften, die Dezentralisierung der Treuhand und die Stärkung der Arbeitnehmervertretungen. Die Berechtigung dieser Forderungen als Voraussetzung für mehr Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft wurde von dem Ministerpräsidenten voll geteilt. Schwierigkeiten bei der Umstruktuierung in allen Bereichen ergeben sich aus der verfehlten Kaderpolitik der SED, politisch integre Menschen konnten sich nicht die nötige Sachkompetenz aneignen. Das darf nicht bedeuten, daß die Arbeitnehmerseite jetzt wieder von der Verantwortung ausgeschlossen wird. Die Privatisierung der Betriebe darf nicht nur nach dem Prinzip der Meistbietenden erfolgen, sondern verstärkt auch durch Arbeitnehmerbeteiligung und nach strukturellen Gesichtspunkten. Übereinstimmend erklärten beide Seiten, die Gespräche fortzusetzen und die Gesamtproblematik in einer breiteren Öffentlichkeit zu diskutieren.

Berlin, den 10.1.1991
Gerda **Viecenz**
Landessprecherin

Termine

- Die **Landesvollversammlung** des NEUEN FORUM Thüringen findet am 26./27.1.91 in Suhl statt.
- Zu einem **Erfahrungsaustausch** über die **Entwürfe zu den Länderverfassungen** lädt das NEUE FORUM Thüringen am Wochenende 8./9.3.91 ein. Der Ort wird noch bekannt gegeben.

Anschriften/ Telefonnummern

Fraktion Bündnis 90/Grüne
Berliner Büro
Reichstagsgebäude
W-1000 Berlin 21
Scheidemannstr. 2
Tel.: 39772425; 39772426
Fax: 3947192

Das Berliner und das Länderbüro des NEUEN FORUM sind bis zur endgültigen Fertigstellung der neuen Telefonanlage im Haus der Demokratie nur unter den Rufnummern

2292317
2292351 (Fax)

zu erreichen. Bitte habt bei häufig besetzten Leitungen etwas Geduld!

Bemerkungen zum Statutentwurf des NEUEN FORUM

Der folgende Statutentwurf will versuchen , die mit dem alten Statut gesammelten Erfahrungen,die Erfordernisse aus dem Parteiengesetz und das organisatorische Selbstverständnis einer Bürgerbewegung miteinander zu verknüpfen. Er ist zugleich als Anregung für Gespräche auf regionaler Ebene mit anderen Teilen der Bürgerbewegung (DJ,IFM,UFV,unabhängige Bürgerinitiativen) über die organisatorische und inhaltliche Zusammenarbeit gedacht.

1. Er orientiert auf eine Autonomie der Regionalorganisation.
2. Regionalorganisationen sollten ihren Sinn als Bürgerbewegung inhaltlich und finanziell dadurch sichern, daß deren Basis- und Themengruppen mit öffentlich geförderten ,gemeinnützigen Vereinen und Bürgerinitiativen eng verbunden sind.
3. Die Zusammenarbeit zwischen Regionalorganisationen auf Landes- und Länderebene sollte in Form einer Netzwerkstruktur anstatt als Parteihierarchie organisiert werden.
4. Die Zusammenarbeit zwischen Mandatsträgern und Organisation ist ,beide Seiten verpflichtend, eindeutig zu regeln .
5. Der im Anhang beigefügte Entwurf einer Finanzordnung soll beitragen, die Verantwortung der Organisationsebenen festzulegen, die Einhaltung der Revisions- und Abrechnungsbestimmungen zu sichern und dabei zugleich die Autonomie der Regionalorganisationen auch finanziell zu stärken.

Alle Regionalorganisationen werden gebeten, Hinweise, Erweiterungen und Ergänzungen zum Statutentwurf auf Landesebene zusammen zu tragen und daraus eigene Statutvorschläge zu erarbeiten, die von einer gemeinsamen Statutenkommission der Länder diskutiert und zusammengefaßt und auf dem nächsten Länderforum abgestimmt werden sollten

Dr. Pavel **Strohner**

ENTWURF des STATUTs DES NEUEN FORUM

(Der Statutentwurf des NEUEN FORUM Berlin ist zugleich als Diskussionsangebot für ein künftiges Statut der Bürgerbewegung gedacht)

Grundsätze

§1 Das NEUE FORUM ist eine unabhängige politische Vereinigung von Bürgerinnen und Bürgern, die gegen das Übergewicht der Parteien und des Staates in der gegenwärtigen repräsentativen Demokratie antritt und sich für die Gestaltung einer Demokratie einsetzt, in der die Autonomie und Mitbestimmung der Kommunen und Regionen zum wesentlichen Element eines Systems föderativer Demokratie wird. Seine Mitglieder bauen auf Gewaltslosigkeit, auf Vernunft und die Kraft der Argumente.

§2 Das Ziel des NEUEN FORUM ist die Gestaltung einer der Würde des Menschen verpflichteten Gesellschaft, die Frieden, soziale Gerechtigkeit und die Bewahrung unserer Umwelt als ihre höchsten Güter begreift. Ein demokratischer Rechtsstaat und eine demokratisch kontrollierte Wirtschaft in einer gerechten Wirtschaftsordnung müssen diesen Zielen dienen.

§3 Das NEUE FORUM arbeitet auf der Grundlage der Basisdemokratie. Meinungsäußerungen und politische Willensbildung vollziehen sich in einem demokratischen Prozeß von unten nach oben. Die Mitglieder des NEUEN FORUM organisieren und fördern Bürgerinitiativen und gemeinnützige Vereine, die sich vor Ort besonders um soziale, politische, kulturelle und Umweltbelange kümmern.

§4 Das NEUE FORUM bekennt sich zur politischen Verantwortung und ist bereit, politische Mandate auf allen Ebenen zu übernehmen. Das NEUE FORUM sucht die Zusammenarbeit mit Organisationen und Gruppierungen in Deutschland und in anderen Ländern, die gleiche Ziele verfolgen. Es tritt gegen Ausländerfeindlichkeit, Neofaschismus, Stalinismus, Gewaltverherrlichung und Militarismus auf.

Mitgliedschaft

§5 Mitglied des NEUEN FORUM kann werden, wer das 14. Lebensjahr vollendet hat und die Zielstellung von Programm und Statut anerkennt.

§6 Jedes Mitglied hat das Recht auf Information und ist gehalten, sich für die Ziele des NEUEN FORUM einzusetzen. Ausländische Bürgerinnen und Bürger können Mitglied des NEUEN FORUM werden. Jugendliche können ein eigenes Jugendforum bilden. Die Aufnahme erfolgt in der Basisgruppe und erlangt ihre Wirksamkeit auf der regionalen Ebene durch eine schriftliche Beitrittserklärung.

§7 Die Mitgliedschaft erlischt mit der schriftlichen Austrittserklärung, bei einem Rückstand des Beitrags von sechs Monaten, durch Ausschluß oder durch Tod. Der Ausschluß ist nur bei Verstoß gegen das Statut möglich. Auf schriftlichen Antrag beschließt das Regionalforum mit Zwei-Drittel-Mehrheit den Ausschluß. Gegen den Ausschluß kann Beschwerde bei der Schlichtungsstelle eingelegt werden.

Beschlußfassung

§8 In den Mitgliedervollversammlungen der entsprechenden Ebenen sind entsprechend einer in den Regional- bzw. Landesorganisationen beschlossenen Geschäftsordnung Anträge zur Beschlußfassung einzubringen.

§9 Beschlüsse zu inhaltlichen Fragen und zu Fragen der Struktur sollten in Mitgliedervollversammlungen in der Regel nur mit Zwei-Drittel-Mehrheit angenommen werden. Minderheitsvoten sind möglich. Änderungen der Geschäftsordnung bedürfen ebenfalls der Zwei-Drittel-Mehrheit.

§10 Beschlüsse von Vollversammlungen heben Beschlüsse von Sprecherräten auf.

Aufbau

§11 Das NEUE FORUM ist nach dem Territorialprinzip organisiert. Es untergliedert sich in Basisgruppen, Regionalorganisationen, Landesorganisationen und die Länderorganisation.

§12 Die Basisgruppe ist die kleinste Einheit, sie konstituiert sich als lokale oder als thematisch arbeitende Gruppe und sollte möglichst eng mit einer konkreten Bürgerinitiative oder einem gemeinnützigen Verein verbunden sein.

§13 Die Regionalorganisation vereinigt Basisgruppen in der Regel auf Kreisebene bzw. in den Großstädten auf Stadtbezirksebene. Die Geschäftsstellen der Regionalorganisation sollten zugleich mit den von den Basisgruppen ins Leben gerufenen Bürgerinitiativen und gemeinützigen Vereinen Bürogemeinschaften bilden. Die Landesorganisation vereinigt die Regionalorganisationen in den einzelnen Ländern. Die Länderorganisation vereinigt alle Regionalorganisationen.

§14 Gleichartige Bürgerinitiativen und gemeinnützige Vereine können sich zu Netzwerken auf Landes- oder Länderebene zusammenschließen. Diese Netzwerke sind Regionalorganisationen gleichgestellt, wenn sie Delegierte zur Mitarbeit im NEUEN FORUM benennen.

Funktionen

§15 Jede Ebene wählt ihre Sprecherinnen und Sprecher. Sie bilden den Sprecherrat. Die Wahl erfolgt in den Foren. Das Regionalforum, die Vollversammlung, ist das beschließende Gremium der Regionalorganisation. Der vom Regionalforum gewählte precherrat koordiniert die Arbeit der verschiedenen Basisgruppen, beruft das Regionalforum ein und vertritt die Regionalorganisation in der Öffentlichkeit.

§16 Das Landesforum ist die Versammlung von Delegierten der zugehörigen Regionalorganisationen. Es tagt mindestens einmal jährlich bzw. wenn 1/3 der Regionalorganisationen dies fordern. Es wählt seinen Landessprecherrat, der mindestens vierteljährlich zusammentritt. Der Landessprecherrat beruft das Landesforum ein und vertritt die Landesorganisation in der Öffentlichkeit.

§17 Das Länderforum ist die Versammlung der von den Regionalforen gewählten Vertreterinnen und Vertreter. Es tagt mindestens jährlich oder wenn 20 Regionalforen dies fordern. Es wählt den Ländersprecherrat und den Arbeitsausschuß. Der Ländersprecherrat tagt regelmäßig und kann Beschlüsse fassen. Er ist dem Länderforum rechenschaftspflichtig. Der Ländersprecherrat beruft das Länderforum ein und vertritt das NEUE FORUM in der Öffentlichkeit.

§18 Der Arbeitsausschuß vertritt das NEUE FORUM als ständige Einrichtung. Er ist dem Länderforum und dem Ländersprecherrat verantwortlich.

§19 Alle vier Jahre findet ein erweitertes Länderforum statt, das sich mit programmatischen Fragen beschäftigt.

§20 Auf regionaler Ebene können, auf Landes- und Länderebene müssen Geschäftsstellen tätig sein. Die Geschäftsstellen organisieren die Öffentlichkeitsarbeit, nehmen die Verwaltungsarbeit wahr und sollten Bürogemeinschaften mit den Geschäftsstellen von Bürgerinitiativen und gemeinnützigen Vereinen bzw. mit deren Netzwerken bilden. Die Leiterinnen und Leiter der Geschäftsstellen sind dem jeweiligen Sprecherrat rechenschaftspflichtig.

§21 Zur Schlichtung von Streitfällen wird eine Schlichtungsstelle bei der Länderorganisation eingerichtet. Ihre Mitglieder werden durch das Länderforum benannt.

§22 Alle Foren wählen ihre Sprecherinnen und Sprecher in geheimer Wahl. Als Kanditatin bzw. als Kandidat wird aufgestellt, wer mindestens 10 % der wahlberechtigten Stimmen erhält. Für jede Wahlfunktion sind mindestens zwei Kandidaten zu benennen. Das NEUE FORUM strebt die Besetzung von Funktionen durch Frauen in einem paritätischen Verhältnis an. Das passive Wahlrecht gilt ab vollendetem 18. Lebensjahr. Die Funktion einer Sprecherin oder eines Sprechers ist nur zweimal in Folge zu vergeben, Ausnahme bei Zwei-Drittel-Mehrheit. Alle Sprecherinnen und Sprecher sind ihrem Forum rechenschaftspflichtig.

§23 Die Wahlperiode auf Basis- und Regionalebene beträgt höchstens zwei Jahre, auf der Landes- und Länderebene höchstens vier Jahre. Bei Rücktritt oder Abberufung kann eine sofortige Nachwahl durchgeführt werden. Die Abberufung eines Sprechers oder einer Sprecherin erfolgt, wenn zehn Prozent des delegierenden Forums dies fordern und das Forum mit Zwei-Drittel-Mehrheit der Abberufung zustimmt.

§24 Mitglieder des NEUEN FORUM können nur auf kommunaler und regionaler Ebene Doppelfunktionen im NEUEN FORUM und als Mandatsträgerinnnen bzw. Mandatsträger innehaben. Abgeordnete des NEUEN FORUM auf Landes- und Bundesebene dürfen keine Funktion im NEUEN FORUM haben.

§25 Mandate des NEUEN FORUM in Volksvertretungen und in Wahlfunktionen können nur von Mitgliedern wahrgenommen werden, die keiner Partei angehören. Die Wahl der Kandidaten für diese Ämter erfolgt sinngemäß.

Zusammenarbeit von Mandatsträgern und der Organisation

§26 Die Mandatsträger sind verpflichtet, regelmäßigen Kontakt zur entsprechenden Organisationsebene zu halten. Mindestens vierteljährlich haben die Mandatsträger an sach- und fachbezogenen Sitzungen der entsprechenden Sprecherräte teilzunehmen. Die Sprecherräte sind verpflichtet, die Arbeit zwischen dem Mandatsträger und den Basisgruppen zu organisieren.

Einheitlicher Tariflohn

§27 Alle beim NEUEN FORUM in gleicher Funktion Beschäftigten arbeiten zu einem einheitlichen Tariflohn. Zuschläge für Aufwand, Kinder usw. werden gesondert festgelegt. Diese Einheitstarife werden vom Ländersprecherrat vorgeschlagen. Von Mandats- und Amtsträgern, für die das NEUE FORUM Vorschlagsrecht hat, wird erwartet, daß sie das einen Sockelbetrag übersteigende Einkommen an Stiftungen und gemeinnützige Vereine der Bürgerbewegung spenden.

Finanzen

§28 Das NEUE FORUM finanziert seine Arbeit durch Mitgliedsbeiträge, Spenden, Wahlkampfkostenerstattungen und den Chancenausgleich. Die Mitgliedsbeiträge betragen ein Prozent des monatlichen Nettoeinkommens Mitglieder ohne festes Einkommen (Lehrlinge, Arbeitslose und Studenten usw.) zahlen eine Mark monatlich. Die Zahlung erfolgt monatlich, quartalsweise oder jährlich jeweils im ersten Drittel des Zahlungszeitraumes. Sach- und Geldspenden dürfen nicht an politische Bedingungen geknüpft werden. Über Verbleib und Verwendung ist Nachweis zu führen.

§29 Einzelheiten zur Regelung finanzieller Fragen sind in der Finanzordnung des NEUEN FORUM geregelt, die als Anlage Bestandteil des Statuts ist.

Auflösung

§30 Die Änderung, Ergänzung oder Aufhebung des Statuts erfolgt durch die Zwei-Drittel-Mehrheit des Republikforums. Bei Auflösung des NEUEN FORUM wird das Gesamtvermögen karitativen Organisationen zur Verfügung gestellt.

Berlin, den 09.01.91

Entwurf des Statuts des NEUEN FORUM (Thüringen)

(Der Statutentwurf ist zugleich als Diskussionsangebot für ein künftiges Statut der Bürgerbewegung gedacht)

Grundsätze

§1 Das NEUE FORUM ist eine unabhängige politische Vereinigung von Bürgerinnen und Bürgern, die sich für die Gestaltung einer Demokratie einsetzt, in der die Autonomie und Mitbestimmung der Kommunen und Regionen zum wesentlichen Element eines Systems förderativer Demokratie wird und gegen das Übergewicht der Parteien und des Staates in der gegenwärtigen repräsentativen Demokratie antritt. Seine Mitglieder bauen auf Gewaltlosigkeit, auf Vernunft und die Kraft der Argumente.

§2 Das Ziel des NEUEN FORUM ist die Gestaltung einer der Würde des Menschen verpflichteten Gesellschaft, die Frieden, soziale Gerechtigkeit und die Bewahrung unserer Umwelt als ihre höchsten Güter begreift. Ein demokratischer Rechtsstaat und eine demokratisch kontrollierte Wirtschaft in einer gerechten Wirtschaftsordnung müssen diesen Zielen dienen.

§3 Das NEUE FORUM arbeitet auf der Grundlage der Basisdemokratie. Meinungsäußerungen und politische Willensbildung vollziehen sich in einem demokratischen Prozeß von unten nach oben. Die Mitglieder des NEUEN FORUM organisieren und fördern Bürgerinitiativen und gemeinnützige Vereine, die sich vor Ort und überregional besonders um soziale, politische, kulturelle und Umweltbelange kümmern.

§4 Das NEUE FORUM tritt auf gegen alle Kräfte, die auf Gewalt setzen, Intoleranz sowie Ausländerfeindlichkeit und gegen alle Formen von Militarismus, Stalinismus und Faschismus.

§5 Das NEUE FORUM bekennt sich zur politischen Verantwortung und ist bereit, politische Mandate auf allen Ebenen zu übernehmen. Das NEUE FORUM sucht die Zusammenarbeit mit Organisationen und Gruppierungen in Deutschland und in anderen Ländern, die gleiche Ziele verfolgen.

Mitgliedschaft

§6 Mitglied des NEUEN FORUM kann werden, wer das 14. Lebensjahr vollendet hat und die Zielstellung von Programm und Statut anerkennt.

§7 Jedes Mitglied hat das Recht auf Information und ist gehalten, sich für die Ziele des NEUEN FORUM einzusetzen. Ausländische Bürgerinnen und Bürger können Mitglied des NEUEN FORUM werden. Die Aufnahme erfolgt in der Basisgruppe und erlangt ihre Wirksamkeit auf der regionalen Ebene durch eine schriftliche Beitrittserklärung.

§8 Die Mitgliedschaft erlischt mit der schriftlichen Austrittserklärung, durch Ausschluß oder durch Tod. Der Ausschluß ist nur bei Verstoß gegen das Statut möglich. Auf schriftlichen Antrag beschließt das Regionalforum mit 2/3 Mehrheit den Ausschluß. Gegen den Ausschluß kann Beschwerde bei der Schlichtungsstelle des Landes eingelegt werden.

Beschlußfassung

§9 In den Mitgliederversammlungen aller Ebenen sind entsprechend einer in den Regional- bzw. Landesorganisationen beschlossenen Geschäftsordnung Anträge zur Beschlußfassung einzubringen.

§10 Beschlüsse zu programmatischen Fragen und zu Fragen der Struktur sollten in Mitgliedervollversammlungen in der Regel nur mit 2/3 Mehrheit angenommen werden. Minderheitsvoten sind möglich. Änderungen der Geschäftsordnung bedürfen ebenfalls der 2/3 Mehrheit.

§11 Beschlüsse von Vollversammlungen heben Beschlüsse von Sprecherräten gleicher Ebene auf.

§12 Die Basisgruppe ist die kleinste Einheit, sie kostituiert sich als lokale oder als thematisch arbeitende Gruppe und sollte möglichst eng mit einer konkreten Bürgerinitiative oder einem gemeinnützigen Verein verbunden sein.

§13 Basisgruppen schließen sich zu Regionalorganisationen in der Regel auf Kreisebene bzw. in Großstädten auf Stadtbezirksebene zusammen. Die Geschäftsstellen der Regionalorga-

nisationen sollten zugleich die Geschäfts- und Bürogemeinschaften der von den Basisgruppen ins Leben gerufenen Bürgerinitiativen und gemeinnützigen Vereine sein. Regionalorganisationen arbeiten in der Landesorganisation zusammen. Die Regionalorganisationen haben ein Mitspracherecht im Landessprecherrat. Thematisch arbeitende Gruppen, die sich auf Landesebene vernetzen, haben ein Mitspracherecht im Landessprecherrat. Die Landesorganisationen arbeiten im Bund zusammen.

Funktionen

§14 Jede Ebene wählt ihre Sprecherinnen und Sprecher. Sie bilden den Sprecherrat. Die Wahl erfolgt in den Foren. Das Regionalforum, die Vollversammlung der Regionalorganisation, ist das beschließende Gremium. Der vom Regionalforum gewählte Sprecherrat koordiniert die Arbeit der verschiedenen Basisgruppen, ruft das Regionalforum ein und vertritt die Regionalorganisation in der Öffentlichkeit. Das Regionalforum wählt die Delegierten zum Landesforum.

§15 Das Landesforum ist die Versammlung der Delegierten der zugehörigen Regionalorganisationen. Es tagt mindestens einmal jährlich bzw. wenn Ein- Drittel der Regionalorganisation dies fordern. Es wählt seinen Landessprecherrat, der mindestens monatlich zusammentritt. Der Landessprecherrat ruft das Landesforum ein und vertritt die Landesorganisation in der Öffentlichkeit. Er delegiert drei Vertreter in den Bundessprecherrat.

§16 Das Bundesforum ist der Versammlung der nach den Statuten der Länder gewählten Vertreterinnen und Vertreter. Es tagt mindestens alle zwei Jahre oder wenn Ein- Drittel der Landesverbände dies fordern.

§17 Der Bundessprecherrat tagt vierteljährlich und hat Vorschlagsrecht. Der Bundesprecherrat beruft das Bundesforum ein und vertritt dies in der Öffentlichkeit und beruft überdies den Arbeitsausschuß. Er ist dem Bundesforum rechenschaftspflichtig.

§18 Der Arbeitsausschuß ist als ständige Einrichtung bei der Bundesgeschäftsstelle des NEUEN FORUM. Er ist dem Bundesforum, dem Bundessprecherrat und den Basisgruppen über deren Landessprecherräte rechenschaftspflichtig.

§19 Auf regionaler Ebene, auf Landesebene müssen Geschäftsstellen tätig sein. Die Geschäftsstellen organisieren die Öffentlichkeitsarbeit und nehmen die Verwaltungsarbeit wahr und sollten Bürogemeinschaften bilden (siehe §13). Die Leiterinnen und Leiter der Geschäftsstellen sind dem jeweiligen Sprecherrat rechenschaftspflichtig.

§20 Zur Schlichtung von Streitfällen wird eine Schlichtungsstelle bei der Landesorganisation eingerichtet. Ihre Mitglieder werden durch das Landesforum benannt. Die Landesschlichtungsstellen entsenden je ein Mitglied in die Schlichtungsstelle des Bundes.

§21 Alle Foren wählen ihre Sprecherinnen und Sprecher in geheimer Wahl. Das NEUE FORUM strebt die Besetzung von Funktionen durch Frauen in einem paritätischen Verhältnis an. Das passive Wahlrecht gilt ab vollendetem 16. Lebensjahr. Die Funktion einer Sprecherin oder eines Sprechers ist nur zweimal in Folge zu vergeben, Ausnahme bei Zwei-Drittel-Mehrheit. Alle Sprecherinnen und Sprecher sind ihrem Forum rechenschaftspflichtig.

§22 Die Wahlperiode auf Basis- und Regionalebene beträgt höchstens 2 Jahre, auf der Landes- und Bundesebene höchstens 4 Jahre. Bei Rücktritt oder Abberufung kann eine sofortige Nachwahl durchgeführt werden. Die Abberufung eines Sprechers oder einer Sprecherin erfolgt, wenn 10 % des delegierenden Forums dies fordern und das Forum mit Zwei-Drittel-Mehrheit der Abberufung zustimmt.

§23 Mitglieder des NEUEN FORUM können Doppelfunktionen im NEUEN FORUM und als Mandatsträgerinnen bzw. Mandatsträger innehaben.

§24 Mandate des NEUEN FORUM in Volksvertretungen und in Wahlfunktionen können nur von Mitgliedern wahrgenommen werden, die keiner Partei angehören. Die Wahl der Kandidaten für diese Ämter erfolgt sinngemäß.

Zusammenarbeit von Mandatsträgern und der Organisation

§25 Die Mandatsträger sind verpflichtet, regelmäßigen Kontakt zur entsprechenden Organisationsebene zu halten. Die Mandatsträger nehmen regelmäßig an sach- und fachbezogenen Sitzungen der entsprechenden Sprecherräte teil. Die Sprecherräte sind verpflichtet, die Arbeit zwischen Mandatsträger und Basisgruppen zu organisieren.

Finanzen

§26 Das NEUE FORUM finanziert seine Arbeit durch Mitgliedsbeiträge, Spenden, Wahlkampfkostenerstattung und den Chancenausgleich. Die Mitgliedsbeiträge betragen mindestens 1% des monatlichen Nettoeinkommens. Mitglieder ohne festes Einkommen (Lehrlinge, Arbeitslose, Rentner und Studenten) und soziale Härtefälle zahlen 1 DM monatlich. Die Zahlung erfolgt monatlich, quartalsweise oder jährlich jeweils im ersten Drittel des Zahlungszeitraumes. Sach- und Geldspenden dürfen nicht an politische Bedingungen geknüpft werden. Über Verbleib und Verwendung ist Nachweis zu führen.

§27 Einzelheiten zur Regelung finanzieller Fragen sind in der Finanzordnung des NEUEN FORUM geregelt, die als Anlage Bestandteil des Statuts ist.

Gültikeit

§28 Dieses Statut tritt mit der Beschlußfassung des Bundesforums vom ... in Kraft.

§29 Die Änderung, Ergänzung oder Aufhebung des Statuts erfolgt durch die Zwei- Drittel-Mehrheit des Bundesforums.

Auflösung

Die Auflösung des NEUEN FORUM kann nur erfolgen, wenn alle Regionalforen dieses mit Zwei-Drittel- Mehrheit beschließen. Analoges gilt für alle Ebenen des NEUEN FORUM. Bei Auflösung des NEUEN FORUM wird das Gesamtvermögen karikativen Organisationen zur Verfügung gestellt. Bei Auflösung von Regionalforen geht deren Vermögen in die Landesorganisation, bei Auflösung von Landesorganisationen geht deren Vermögen in den Bund der Länderorganisationen über.

Erfurt, 7.1.91